



Geschlossene Gesellschaft?

Demokratische Perspektiven in der Uckermark

Inhalt

Vorwort ...	03
Geschlossene Gesellschaft – Extreme Rechte, Feindschaften, Vorurteile	04
Die NPD in der Uckermark ...	08
Themen der NPD ...	12
„Kameraden“ und Kameradschaften ...	16
Rechtsextreme Szene ...	18
Wo leben eigentlich Reichsbürger? ...	20
Eine neue Partei: Die Rechte ...	22
Schorfheide – es geht auch anders ...	24
Rechtsextreme Gewalt ...	26
Gewalt in der Uckermark ...	28
Was geschieht mit den Opfern? ...	30
Was können wir tun? ...	32
Thema: Abwanderung und Einwanderung ...	36
Thema: Asylbewerber ...	38
Thema: Demokratie gestalten ...	40
Thema: Zusammenleben und Kommunikation ...	42
Informieren und erkennen ...	44
Adressenverzeichnis ...	46
Impressum ...	50

Vorwort

Wie wollen wir leben? Das ist eine grundlegende Frage, die Menschen in ihrem Zusammenleben beschäftigt. Es ist eine Frage, die immer wieder ansteht. Sie braucht Diskussionen, das heißt Menschen, die sie aufgreifen, und Raum für einen Austausch.

Wie lebt es sich in der Uckermark? Die Landschaft ist schön und die Menschen meist freundlich. Danach kommt als Antwort aber oft auch, dass es Probleme gibt: soziale Verwerfungen, Abwanderung, weniger Einwohner, Konflikte um Einwanderung, Gewalt, Zweifel an der Politik. Hinzu kommen Einstellungen, die auf Abschottung setzen: Schuld wären immer die anderen, die Ausländer, die Asylbewerber, die Zugezogenen, die Politiker „da oben“. Es gibt auch in der Uckermark extrem rechte Akteure, die solche Einstellungen zum Programm machen, und Szenen, in denen sie zum Lebensstil gehören.

Wie gehen wir damit um? Geschlossene Gesellschaft oder offene Diskussion? Wir wollen mit der vorliegenden Broschüre diese Frage ansprechen, als Angebot für Information und Austausch. Wir gehen dafür den Fragen nach, wie eine extreme Rechte in der Uckermark in Erscheinung tritt, wie sie agiert und wie Demokraten damit umgehen können. Und wir greifen Themen auf, die aus unserer Sicht für das Zusammenleben in der Uckermark von Bedeutung sind.

Wir bemühen uns in dieser Veröffentlichung um geschlechtergerechte Formulierungen. Aus Gründen der Lesbarkeit gebrauchen wir auch das generische Maskulinum. Damit sind ausdrücklich alle Geschlechter gemeint.

Geschlossene Gesellschaft? – Extreme Rechte, Feindschaften, Vorurteile

Was ist das eigentlich – *Rechtsextremismus*? Der Begriff begegnet uns in politischen Debatten, in Medienberichten oder in wissenschaftlichen Analysen und wahrscheinlich hat jede und jeder auf die eine oder andere Art Bilder im Kopf, wenn die Sprache darauf kommt. Was gemeint ist und wie es erklärt wird, hängt dabei davon ab, wer aus welcher Perspektive über welches Problem spricht.

Wahrnehmung

Aktuell und in den nächsten Jahren sind es die Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) und das Gerichtsverfahren um ihre Taten, die in hohem Maße die Wahrnehmung prägen. Zu recht – war doch die NSU-Mordserie eine Steigerung rassistisch motivierten Terrors in Deutschland, der zugleich über Jahre weder von Polizei und Geheimdiensten noch Medien und Zivilgesellschaft als solcher erkannt wurde und dessen Aufklärung lange nicht abgeschlossen ist.

Daneben steht immer wieder die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) als die größte der extrem rechten Klein-Parteien im Fokus des öffentlichen Interesses. Sei es dadurch, dass sie sich mit provokanten Aktionen hervortut oder dass Politiker oder zivilgesellschaftliche Akteure das Verbot der Partei fordern. Ergänzt wird diese Wahrnehmung besonderer Ereignisse oder Organisationen einerseits durch Vorstellungen vom „typischen Rechten“. Andererseits erhält in den Debatten die extreme Rechte in Deutschland Aufmerksamkeit auch vor dem Hintergrund des historischen Nationalsozialismus.

Alltag

NSU und NPD-Verbot, Aufmärsche und Gewalttaten – sie wahrzunehmen, ist ohne Frage richtig und wichtig. Wenn wir die extreme Rechte als Nachricht in den Medien mitbekommen, sehen wir damit aber auch ein Bild, vielleicht etwas Monströses und Bedrohliches, etwas, das nicht unbedingt mit unserem eigenen Leben zu tun hat. Allerdings ist Rechtsextremismus ein ganz alltägliches, ein heutiges Phänomen.

Wenn wir hinsehen, begegnet es uns in unserem Alltag: in der Familie, in der Schule, im Kollegenkreis oder im Wohnumfeld. Trotz aller Abgrenzungen leben extreme Rechte selbstverständlich in unserer Gesellschaft. Im Kleinen, in ihrem sozialen Umfeld können sie Wirkung erzielen. Sei es, dass sie mit ihrem Weltbild Meinungen bilden oder dass sie mit einer Kultur der Dominanz und Übergriffen auf Andersdenkende und Minderheiten das „Klima“ in einem Ort oder einem Stadtviertel prägen.

Man muss kein Experte sein und einen Einblick in diese Szene haben, um ihr zu begegnen und zumindest Anzeichen ihrer Existenz festzustellen. Sei es dadurch, dass einem in der Fußgängerzone der Stadt junge Männer in T-Shirts mit extrem rechten Parolen über den Weg laufen. Sei es dadurch, dass man in Gesprächen mit Jugendlichen erfährt, an welchen politischen Slogans sie sich orientieren und von welchen Vorurteilen sie geprägt sind. Sei es dadurch, dass einem ein Handwerker nach getaner Arbeit Propagandamaterial einer Partei im Haus lässt. Die Alltagssituationen können vielfältiger Art sein. Wie auch die extreme Rechte selbst ein vielschichtiges

Problem ist, nach dem man fragen muss und kann, wenn man die Augen dafür öffnet.

Extreme Rechte

Am deutlichsten wahrnehmbar sind organisierte Akteure, die in Parteien oder Kameradschaften ihre Einstellungen mit politischem Handeln verbinden und sich als Fundamentalopposition zur demokratischen Gesellschaft verstehen. Die wesentlichen Elemente ihrer Einstellungen sind Vorurteile gegenüber Ausländern, Juden, sozial Schwachen oder Minderheiten und damit einhergehend deren Abwertung, die Befürwortung eines autoritären Staates und die positive Bewertung des historischen Nationalsozialismus. Verbunden sind diese Vorstellungen zwangsläufig mit der Ablehnung von Pluralität und mit der Ausgrenzung aller, die nicht in die Phantasie einer homogenen deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft passen.

Mit Mitteln der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit versuchen extreme Rechte, ihre Ideen von Volk, Führerstaat und „nationalem Sozialismus“ zu leben und zu verbreiten. Sie bieten damit Orientierungspunkte für Jugendkulturen, soziale Milieus oder einzelne Akteure und geben Leitgedanken, Welterklärungen und Handlungsanleitungen. Wo sich diese Gemengelage aus Vorurteilen, Feindschaften und Gruppendynamiken trifft mit der Akzeptanz und Praxis von gewalttätigem Handeln, ist Rechts extremismus eine unmittelbare Bedrohung für Gesundheit und Leben derer, die in die Feindbilder passen.

Geschlossene Gesellschaft

Bei den Kernen der extrem rechten Gruppierungen handelt es sich meist um kleine Szenen, die aufgrund ihres Lebensstils oder

eigener Ansprüche relativ abgegrenzt von der Mehrheitsgesellschaft sind. An den Rändern der Szenen, etwa dort wo sie Einfluss auf Jugendkulturen haben, sind ihre soziale Akzeptanz und die Akzeptanz ihrer Ideen bereits höher. Darüber hinaus sind einige der genannten Einstellungen und Vorurteile bei weitaus mehr Menschen anzutreffen, auch bei denen, die sich keiner extrem rechten Szene zuordnen würden und nicht dazu gehören. Verbreitet sind Vorurteile gegen Fremde, beispielsweise Asylbewerber oder Zuwanderer aus Polen. In unterschiedlicher Intensität kann das von Misstrauen und negativen Unterstellungen bis zu generellen Ablehnungen und Feindschaften reichen.

Einerseits finden manche aus solchen vorurteilsbehafteten Milieus den Einstieg in den Rechtsextremismus, andererseits sind sie Anknüpfungspunkte für extrem rechte Akteure, die dort Zuspruch und Unterstützung suchen. Daneben entwickeln sie aber auch eine eigene Wirkung: Was macht es mit einem Gemeinwesen, wenn ein Teil der Bürger einen anderen aufgrund der Herkunft ablehnt und ihm im Alltag mit Missachtung begegnet?

Die Versuche, sich abzugrenzen, zielen immer auf den Ausschluss der „Anderen“. Was auf der grundlegenden Ebene nicht mit demokratischen Ideen vereinbar ist, erleben die von Diskriminierungen Betroffenen als reale Abwertung. In der Praxis sind etwa Aus- und Einwanderung normale und ständige, lebensnahe Prozesse. Die Idee einer geschlossenen Gesellschaft kollidiert damit und produziert soziale Spannungen statt gemeinsamer Gestaltung des Gemeinwesens.

Die NPD in der Uckermark

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hat sich ab Mitte der 1990er Jahre, nach einigen Verboten militanter Neonazi-Organisationen, zur Sammlungspartei der extremen Rechten in der Bundesrepublik entwickelt. Sie steht heute als eines der wesentlichen Symbole für den Rechtsextremismus in Deutschland und trifft mehrheitlich auf Ablehnung. Daneben ist die Parteiarbeit immer wieder von finanziellen, personellen und inhaltlichen Engpässen geprägt. Auch wenn die NPD im Bund und im Land Brandenburg es nicht schafft, in die Parlamente einzuziehen, ist sie regional verankert. Auf dieser Ebene gelingt es ihr relativ stabil Anhänger zu gewinnen.

NPD-Kreisverband Barnim-Uckermark

Die NPD im Land Brandenburg hat sich in Kreisverbände gegliedert, die in der Regel mehrere Landkreise umfassen, wie beispielsweise der NPD-Kreisverband Barnim-Uckermark. Lokal verankert ist die Partei mit sogenannten Ortsbereichen oder Stützpunkten: im Barnim in Joachimsthal und Bernau, in der Uckermark in Prenzlau und in Schwedt/Oder. Dort ist die NPD auch am häufigsten mit Infotischen und Kundgebungen aktiv. Zuweilen passt die NPD ihre Aktionen auch an die Gegebenheiten des ländlichen Raums an, wie im Juni 2013 mit einem Kundgebungs-Autororso in Angermünde und Dörfern der Umgebung.

Die Parteiarbeit wird von einer kleinen Zahl an Aktivisten getragen, die für Präsenz und Kontinuität sorgen und mehr oder weniger erfolgreich versuchen, die „Parteibasis“ und ihr Umfeld, die sogenannten Freien Kräfte, für Aktionen zu mobilisieren. Der

NPD-Landesverband Brandenburg versucht seit einigen Jahren, sich zu professionalisieren, und ist gleichzeitig immer wieder mit Personalproblemen konfrontiert. In diesem Zusammenhang sind auch die Entwicklungen in der Region Barnim/Uckermark zu sehen.

Nach einigen personellen Ausfällen hat Aileen Rokohl (Bernau) 2013 den Vorsitz des Kreisverbandes übernommen. Sie gehört auf Landesebene zu einer Gruppe von Nachwuchskräften, die – jung, gebildet, sozial integriert, NPD-geschult – die Aktivitäten stabilisieren und vernetzen sowie der Partei öffentlich ein Gesicht geben.

Der NPD-Kreisverband veröffentlicht regelmäßig Kommentare und Berichte auf seiner Webseite und verteilt mit der „Uckermark-Stimme“ wiederkehrend ein eigenes Flugblatt. Einzelne Aktivisten wie Rokohl treten auch bei NPD-Veranstaltungen in anderen Regionen Brandenburgs in Erscheinung.

NPD im Kreistag Uckermark

Bei den Kommunalwahlen 2008 gewann die NPD zwei Mandate im Kreistag Uckermark. Bereits in der ersten Sitzung sorgte die damals 72-jährige NPD-Vertreterin Irmgard Hack für einen kleinen Eklat. Als älteste Abgeordnete kam ihr – begleitet von Protesten – die Aufgabe zu, die konstituierende Zusammenkunft zu eröffnen. Stattdessen wollte sie die öffentliche Bühne nutzen, um eine politische Grundsatzrede zu halten. Da ihr dies versagt wurde, gab sie das Amt als Alterspräsidentin zurück.

Die aktuelle Wahlperiode war für die NPD durch personelle Querelen bestimmt. Sie verlor ein Mandat, als einer ihrer

Abgeordneten 2009 aus der Partei austrat, aber seinen Sitz im Kreistag behielt. Daneben zog sich Hack aus gesundheitlichen Gründen zurück. Ihr Nachrücker war mit der Abgeordnetentätigkeit offensichtlich überfordert, so dass mit Sven Barthel (Schwedt/Kummerow) der dritte Träger des verbliebenen Mandats die NPD im Kreistag vertritt.

Seine Aktivitäten dort beschränken sich auf gelegentliche Anfragen, zum einen mit Themen der NPD, wie dem Umgang mit Asylbewerbern im Landkreis, zum anderen mit Inhalten, die die NPD als „soziales Gewissen“ darstellen sollen, wie der Sorge um Rundfunkgebühren oder Hochwasseropfer.

Bundestagswahl 2013

Zur Bundestagswahl im September 2013 trat die NPD im Wahlkreis Uckermark/Barnim I mit der Kreisvorsitzenden Aileen Rokohl als Direktkandidatin an. Sie gewann 3,4 Prozent der Erststimmen. 2,7 Prozent der Wähler gaben der NPD auch ihre Zweitstimme. Die Landkreisgebiete unterschieden sich dabei nicht: Nur bezogen auf die Uckermark betrug das Zweitstimmenergebnis ebenfalls 2,7 Prozent. Die Zahlen lagen im Landesdurchschnitt der NPD. Mit einem Zweitstimmenergebnis von 1,3 Prozent im Bund ist die NPD deutlich an der 5-Prozent-Hürde gescheitert, erhält aber weiterhin staatliche Mittel zur Parteifinanzierung.

Während das Brandenburg-Ergebnis der NPD im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 stagnierte, hatte sie im Wahlkreis Uckermark/Barnim I leichte Einbußen. Bei den Erst- und Zweitstimmen verlor sie jeweils 0,4 Prozent. In absoluten Zahlen waren es im Wahlkreis 3.368 Wähler, die der NPD-Kandidatin ihre Erststimme gaben, und 2.623, die für die Partei stimmten.

Ob das viele oder wenige waren, hängt von der Perspektive ab. Unmittelbaren Einfluss auf die Besetzung des Parlaments hatte die Stimmzahl nicht. Aber wie wirken Wähler einer ausländerfeindlichen, extrem rechten Partei im Gemeinwesen? Wie agieren Menschen, die die Ideen der NPD teilen, im Alltag? Wie bringen sie ihre Einstellungen zum Ausdruck?

Betrachtet man das NPD-Ergebnis kleinteiliger, drängen sich diese Fragen noch mehr auf. Statistische Erhebungen zeigen, dass die NPD in verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich abschneidet. Bei Männern kommt sie besser an als bei Frauen, bei jüngeren Leuten besser als bei älteren. Besonders bei jüngeren Männern erzielt die NPD Werte, die deutlich über dem Durchschnitt liegen.

Auch lokal zeigen sich in der Uckermark Unterschiede in den NPD-Ergebnissen. In kleineren Gemeinden, mit Schwerpunkten im Norden des Landkreises, kam die Partei zur Bundestagswahl auf höhere Resultate bis in den zweistelligen Prozentbereich. Wie lebt es sich in solchen Orten? Die Wahlergebnisse muss man zumindest als Indikator für Stimmungslagen werten.

In diesem Wechselverhältnis ist letztlich auch das Potenzial der NPD zu sehen. Parlamentarisch oder in kommunalen Vertretungen kommt sie wenig bis gar nicht zum Zuge. Die NPD zu wählen, ist aber Ausdruck von Einstellungen. Auf diese Art symbolisch, gleichzeitig argumentativ und aktionistisch kann die Partei ausländerfeindliche, extrem rechte Stimmungen verstärken und bestärken, bis dahin dass sie lokal und temporär in öffentliche Diskurse eingreift. Solche Entwicklungen waren in den vergangenen Monaten in einigen deutschen Städten im Zusammenhang mit neuen oder vergrößerten Asylbewerberheimen zu beobachten.

Die Themen der NPD

In der Uckermark ist es am ehesten die NPD, die mit Kundgebungen, Zeitungen, Flugblättern und ihrer Webseite versucht, rechtsextreme Ideen in aktuellen öffentlichen Diskussionen zu verankern. Ihre Themen sind die der extremen Rechten: Ablehnung der Demokratie, Ablehnung von Fremden, Ablehnung einer pluralen Gesellschaft. Als Partei, die solche Haltungen in Parlamente und kommunale Vertretungen bringen will, versucht die NPD, auch Menschen außerhalb einer radikalen Szene zu erreichen.

Ihre Argumentationen sind dabei in hohem Maße populistisch geprägt. Die NPD versucht gesellschaftliche Debatten aufzugreifen, die für einige mit Ängsten oder Skepsis besetzt sind. Sie versucht, Vorurteile und Gefühle der Benachteiligung anzusprechen, mit vereinfachten Sichtweisen zu polarisieren und damit ihre Weltanschauung zu vermitteln und sich als einzige Interessensvertreterin darzustellen.

Ausländer

Zuletzt war bei der Bundestagswahl 2013 zu beobachten, dass eines der wesentlichen Themen und Erklärungsmuster der NPD „Ausländer“ sind. Ob Fragen des Arbeitsmarktes, der sozialen oder inneren Sicherheit – Slogans, Begründungen und Forderungen thematisierten in der Regel Ausländer und Ausländerpolitik.

Die Weltsicht der extremen Rechten ist geordnet durch eine strikte Trennung der Gesellschaft in innen und außen, oben und unten. Dem Eigenen kommt darin eine höhere Wertigkeit zu. Die Anderen sind nicht nur anders, sie sind auch weniger

wert. Dieses Prinzip der Ungleichwertigkeit bietet den Rahmen für tradierte Vorurteile und Feindschaften, die nicht nur in der extremen Rechten verbreitet sind.

Diese Ausländerfeindlichkeit unterteilt und wertet nach rassistischen Stereotypen Menschen ab, die selbst oder deren Vorfahren aus Ländern stammen, die nicht dem eigenen „Kulturkreis“ entstammen. Nach biologischen oder kulturellen Kriterien werden ihnen negative Eigenschaften zugeschrieben. Nach Herkunft und sozialer Gruppenzugehörigkeit können die stereotypen Vorurteile variieren. Aber ob sich die Feindschaften nun gegen Deutsche mit ausländischen Familienwurzeln, hier lebende Menschen ohne deutschen Pass oder neu zugezogene Einwanderer, Flüchtlinge oder Arbeitsmigranten richten, gemein ist ihnen die Ablehnung der „Fremden“. Sie werden nach rassistischen Vorstellungen als Fremdkörper und als Bedrohung einer deutschen Volksgemeinschaft verstanden. Am Beispiel der extrem rechten Sicht auf Asylbewerber wird deutlich, wie soziale Abwertung und Bedrohungsszenario verschränkt sind. Die Lebensbedingungen der Menschen unter den Einschränkungen von Asylverfahrens-, Aufenthalts- und Asylbewerberleistungsgesetz werden ihnen klischeehaft als gruppenbezogene Eigenschaft angelastet. Dies wird verbunden mit rassistisch motivierten Herabsetzungen, die sich auf die Herkunft beziehen. Asylbewerber werden aber nicht nur als „volksfremd“, sondern auch als Kriminalitätsfaktor und als unberechtigte Nutznießer des deutschen Sozialstaats dargestellt. Dies geht wiederum mit der Forderung einher, ihnen grundlegende Rechte vorzuenthalten.

Europa

Die NPD hat in den vergangenen Jahren in ihrer Öffentlichkeitsarbeit verstärkt auf das Thema Europa gesetzt. Die Europäische Union steht dabei allgemein als Synonym für Fremdherrschaft sowie Souveränitätsverlust der Deutschen – sie stellt im extrem rechten Innen-Außen-Schema ein bedrohliches Gegenstück zum deutschen Volk und zur deutschen Nation dar.

Im Detail sind es drei Themenbereiche, die die NPD aufgreift: die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum, die volle EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie Kriminalität im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Die Euro-Krise verbindet die NPD mit Zukunftsängsten. Ihre Alternative besteht einzig aus der Forderung, Deutschland möge aus der EU aussteigen und die D-Mark wieder einführen. Die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit bezieht die Partei auf die Arbeitslosenzahlen in der Region und aktualisiert daran den Slogan „Deutsche Arbeit zuerst für Deutsche“. Die Grenzkriminalität – aus Sicht der NPD Folge der EU-Osterweiterung – dient als Anknüpfungspunkt für polenfeindliche Ressentiments und dazu, Regierung und Polizei Unfähigkeit zu unterstellen und die Schließung der Grenze zu fordern.

Es handelt sich bei diesen drei Punkten nicht um angemessene komplexe Diskussionen der Probleme und Potenziale der EU und der Grenzregion. Vielmehr ist der Versuch zu sehen, Ängste anzusprechen, Stimmungen in der Bevölkerung aufzunehmen und zuzuspitzen.

Volksgemeinschaft

Keine politische Gruppierung kommt ohne eine Idee aus, die die eigenen Werte bestimmt. Für die extreme Rechte ist dies die Volksgemeinschaft. Damit ist die Vorstellung von einem

Volk als homogener Organismus gemeint, der biologisch, kulturell und historisch begründet ist und besondere Charaktereigenschaften hat. Der Charakter des eigenen Volkes ist in diesem Weltbild dem der anderen Völker überlegen. Volksgemeinschaft ist ein fundamentaler Gegenentwurf zu Gesellschaft. Sie wird als eine Schicksalsgemeinschaft verstanden, in der der Einzelne einen festen Platz und eine Aufgabe zu erfüllen hat. Diese Idee verspricht ihren Anhängern Sicherheit und positive Identität.

Die Vorstellung von Homogenität entspricht allerdings nicht der reellen Verschiedenheit der Menschen, ihrer Interessen und Lebensstile. Die Verwirklichung völkischer Ideen braucht – einhergehend mit der Abwertung der anderen – Gewalt und einen autoritären Staat. Wie für die historische nationalsozialistische Bewegung ist Volksgemeinschaft auch für die moderne extreme Rechte Kern eines Weltbildes, das seinen Anhängern eine eigene Lebens- und Erfahrungswelt bietet. Es grenzt sich grundsätzlich von allem ab, was zum „System“ gehört: Demokratie, Liberalität, Gleichheitsvorstellungen oder Rechte des Individuums.

Diese Weltsicht beinhaltet als Gegenstück die Drohkulisse „Volkstod“. Unter dem alten Schlagwort völkischer Politik verstehen heutige Akteure Prozesse wie die demographische Entwicklung, die Abwanderung aus ländlichen Gebieten oder Deutschland als Einwanderungsgesellschaft. In ihrer Sicht sind dies Zeichen des Sterbens der völkischen Gemeinschaft. Gleichzeitig greifen sie damit polarisierend reale Problemlagen auf – nicht als Herausforderungen einer Gesellschaft, sondern als „Beweis“ für deren Scheitern.

„Kameraden“ und Kameradschaften

Neben Parteien wie der NPD gibt es in der extrem rechten Szene auch das Organisationsmodell sogenannter Kameradschaften. Gemeint sind damit kleine, informelle Zusammenschlüsse. Lokal oder regional vereinen sie in der Regel junge Männer, verzichten auf Mitgliedsausweis und -beitrag und treten dafür umso offener neonazistisch und aktionistisch auf. In der Kameradschaft verbinden sich für sie sozialer Zusammenhalt in der Gruppe mit politischen Einstellungen und Aktivitäten. Ein gemeinsamer Name vermittelt zudem Identität. Eine Zusammenarbeit mit der NPD oder anderen extrem rechten Organisationen ist dabei nicht ausgeschlossen; sie ist vielmehr beiderseits gesucht.

In der Uckermark haben solche Gruppen mit wechselnden, martialisch klingenden Bezeichnungen wie „Hatecore Warriors Uckermark“, „Freie Kräfte Angermünde“ oder „Autonome Nationalisten Uckermark“ zum Beispiel in Prenzlau, Angermünde und Umgebung eine „Tradition“. Die „Kameraden“ waren immer wieder mit gewalttätigen Angriffen, provokanten Auftritten und einem überregionalen „Demo-Tourismus“ aktiv. Die Kameradschaft „Oderfront“ in Schwedt/Oder hat zudem eine Reihe von einschlägigen Gerichtsurteilen gegen ihre Mitglieder aufzuweisen. Zuletzt trat die Gruppe „Freie Kräfte Schwedt“ mit einer Aktion am Tag der Bundestagswahl in der Stadt in Erscheinung, wo sie vor einem Wahllokal provozierte.

Kameradschaft Märkisch Oder Barnim

Schließlich tauchte mit der „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ (KMOB) der Name einer Gruppierung aus der

Versenkung auf, die im Juli 2010 eigentlich ihre Auflösung bekannt gegeben hatte. Bei einem Konzert von Neonazi-Bands im Juli 2013 in Finowfurt gaben sich Mitglieder einer „KMOB Ortsgruppe Uckermark“ mit entsprechenden Aufdrucken ihrer T-Shirts zu erkennen. Im September lud KMOB selbst zu einem Konzert nach Finowfurt ein, um den siebten Jahrestag ihres Bestehens zu feiern.

Die uckermärkische „Ortsgruppe“ geht aus einer Gruppierung hervor, die unter anderem als „Freie Nationalisten Uckermark“ (FNUM) aktiv war und ebenfalls 2010 ihre Auflösung verkündete. KMOB und FNUM kamen damals einem Verbot durch das brandenburgische Innenministerium zuvor. Nach über zwanzig polizeilichen Hausdurchsuchungen bei mutmaßlichen Mitgliedern der KMOB vermieden die Kameradschaften damit die Folgen einer Verbotsverfügung. Nach zwischenzeitlichen Auftritten als „Nationale Sozialisten Barnim-Uckermark“ und „Freundeskreis Brandenburg“ starteten sie nun drei Jahre später den Versuch, auch wieder öffentlich unter altem Namen zu agieren.

Die KMOB hatte bereits in ihren Anfangsjahren, von Bad Freienwalde und Eberswalde ausgehend, eine Vernetzung von Neonazi-Kameradschaften im Nordosten Brandenburgs angestrebt. Der zahlenmäßige Zuspruch blieb gering, mit den FNUM fanden sich aber auch in der Uckermark Gleichgesinnte. Einige Kameradschaftsmitglieder waren neben Propagandadelikten an Gewalttaten beteiligt und wurden verurteilt. 2010 traf eine angekündigte Reihe von Demonstrationen der KMOB auf breiten Protest in der Region. Zugleich scheiterte die Kameradschaft an den eigenen organisatorischen Fähigkeiten.

Rechtsextreme Szene

Die Polizei hat in der Uckermark 60 bis 70 Personen der extrem rechten Szene im Fokus, die durch strafrechtlich relevante Aktivitäten aufgefallen sind – seien es Gewalttaten oder sogenannte Propagandadelikte. Der brandenburgische Verfassungsschutz nennt als „rechtsextremistisches Gewaltpotenzial“ für den Landkreis eine nicht näher bestimmte Zahl im Bereich von 20 bis 59 Personen. Lokale Schwerpunkte bilden dabei Prenzlau, Templin, Schwedt/Oder und Angermünde. Auf der Hand liegt, dass sich in den Städten mehr Leute zu einer Gruppierung finden können – kleinere Orte und Dörfer sind aber von diesen Entwicklungen nicht ausgenommen. Soziale Verbindungen, politische Aktivitäten und Szenebildungen machen nicht an Stadtgrenzen halt. Regionale Jugendszenen werden zum Beispiel sichtbar, wo junge Leute aus verschiedenen Orten zusammenkommen, etwa in Ausbildungszentren.

Politische Kultur

Umfassende Angaben über die Größe der extrem rechten Szene liegen nicht vor. Die oben genannten Zahlen geben einen Ausschnitt nach bestimmten Kriterien wieder. Über „Szene-Kerne“ mit Gewalttätern oder politischen Aktivisten hinaus ist die extreme Rechte aber weder nur an Straftaten noch ausschließlich an politischen Organisationen, wie Parteien oder Kameradschaften, festzumachen. Die entsprechenden Einstellungen sind in verschiedenen Ausprägungen oft Teil eines Lebensstils, der beispielsweise von Gruppen Jugendlicher geteilt wird. Quantitativ erfassen kann man diese politische Kultur kaum – wie sollte man zählen?

Ideen und Identifikationen

Kennzeichnend für diese Szene sind neben weltanschaulichen Elementen und spezifischen Gruppenfeindschaften, ihre Musik, Moden und Symbole, die zum einen dem Gruppenzusammenhalt dienen und zum anderen die Einstellungen nach außen darstellen. Das Spektrum extrem rechter Musik reicht von aggressiv vorgetragenem Rock bis hin zu Liedermachern, die völkische Balladen darbieten. Wenngleich sich die Stile unterscheiden und damit verschiedene Vorlieben ansprechen, ist den Texten gemein, dass sie vereinfacht und komprimiert Versatzstücke eines extrem rechten Weltbildes transportieren. Sie dienen zum einen dem Wir-Gefühl, zum anderen machen sie Meinung. Man hört einen Song nicht nur einmal, man wiederholt ihn, singt ihn mit, lernt die Parolen.

Daneben ist in der extrem rechten Szene – wie in anderen sozialen Gruppen auch – die Bekleidung ein Mittel, um Zugehörigkeit, Abgrenzung oder Botschaften auszudrücken. Neben einschlägigen Marken werden aufgedruckte Symbole, Slogans oder Bandnamen genutzt, um der eigenen Einstellung eine sichtbare Handlung folgen zu lassen.

Die wesentlichen Funktionen der rechten Szene sind die Gruppenbildung selbst und die politische Orientierung. Sie bildet das soziale Umfeld, das politische Akteure hervorbringt und ihnen einen Handlungsrahmen gibt. Aus ihr erwachsen lokal Dynamiken, die zu Gewalttaten eskalieren. Und für Organisationen der extremen Rechten ist sie wiederum das Feld, in dem sie versuchen zu mobilisieren, Weltbilder zu festigen und Aktivist*innen heranzubilden.

Wo leben eigentlich „Reichsbürger“?

Betrachtet man die Szene der selbsternannten „Reichsbürger“ als Mischung aus konkurrierenden und sich zankenden Kleingruppen, ausgedachten Reichskanzlern, Verschwörungsdenken und seltsamen Auftritten, gewinnt man schnell den Eindruck von einer verworrenen, kleinen Welt. Dass solche Gruppierungen teilweise als rechtsextrem bezeichnet werden müssen, liegt zum einen daran, dass in dieser Szene neben egozentrischen Figuren und ihren leichtgläubigen Anhängern auch extrem rechte Akteure aktiv sind. Zum anderen verknüpfen die „Reichsbürger“ die Vorstellung, dass die Bundesrepublik in den letzten Zügen läge, mit verschwörungsideologischen Erklärungen, die diesem Staat die Legitimation absprechen, und mit dem Bezug auf ein angeblich weiterhin bestehendes Deutsches Reich.

Parallelwelt

Sie schaffen sich ihr eigenes „Reich“ mit Zubehör: mit eigenen Hierarchien, eigenen Erklärungen der Welt im Großen wie im Kleinen und sogar eigenen Ausweisdokumenten. Damit geht einher, dass in der „Reichsbürger“-Szene die staatliche Autorität der Bundesrepublik nicht anerkannt wird. Das führt im Alltag selbstverständlich zu Konflikten. Wer in diesem Land einen Fantasie-Personalausweis führt und sein Privatgrundstück zu extraterritorialem Gebiet erklärt, unterliegt trotzdem den deutschen Gesetzen, muss Steuern zahlen und braucht zum Autofahren einen Führerschein. So ist ein Betätigungsfeld der „Reichsbürger“ ein umfangreicher, aber regelmäßig erfolgloser Schriftverkehr, in dem Behörden und Institutionen mittels Verschwörungstheorien und falschen Gesetzesinterpretationen

ihre Zuständigkeit abgesprochen wird. Ein zweites Feld, in dem die „Reichsbürger“ aktiv sind, ist die Eigenwerbung. Neben Internetangeboten sind es auch immer wieder Informationsveranstaltungen, in denen sie ihre Ideen in die Öffentlichkeit bringen. Durch den Verkauf von selbstgemachten Ausweisen und anderen Dokumenten werden dabei auch finanzielle Interessen einzelner Akteure bedient.

Ein „Polizei Hilfswerk“ in der Uckermark?

2012 fand sich in der „Reichsbürger“-Szene in Sachsen eine Gruppe zusammen, die sich den Namen „Deutsche Polizei Hilfswerk“ (DPHW) gab. Dass sie exekutive Aufgaben wahrnehmen wollte, machte sie spätestens im November des Jahres deutlich. In Sachsen griffen uniformierte Mitglieder einen Gerichtsvollzieher an, um ihn an seiner Arbeit zu hindern und ihn festzunehmen. Anfang 2013 versuchte die Gruppierung auch in der Uckermark Fuß zu fassen und es fanden sich lokale „Reichsbürger“ als Ansprechpartner. Eine Informationsveranstaltung am 1. März in Haßleben mussten sie allerdings absagen, nachdem der Betreiber der angemieteten Gaststätte über die Aktivitäten aufgeklärt war. Zeitgleich ging die echte Polizei in Sachsen und Brandenburg gegen das DPHW vor und ermittelte wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Der Druck von außen sowie interne Konflikte haben das DPHW danach gebremst, es existieren aber weiterhin einzelne lokale Kleingruppen. In der Uckermark war zumindest zeitweise der Versuch der Gruppierung deutlich, an Debatten um die öffentliche Sicherheit anknüpfen und sich als Alternative anzubieten.

Eine neue Partei: Die Rechte

Die NPD ist in der extrem rechten Szene nicht unumstritten. Manche Neonazis, die sich als „Revolutionäre“ verstehen, distanzieren sich von ihr aufgrund ihres Auftretens als Wahlpartei. Andere werfen den Parteifunktionären Karriere-Ambitionen vor. Auch die Fusion der NPD mit der Deutschen Volksunion (DVU) 2011 ging nicht reibungslos vonstatten. Als Alternative bietet sich seit dem Mai 2012 eine neue Partei an: Die Rechte.

Sammlungspartei im Aufbau

Inhaltlich kaum von der NPD zu unterscheiden, geht es ihr um deutsche Identität, um die angebliche Bevorzugung von Ausländern und darum, einen Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit zu setzen. Ihre Dynamik erhält die Partei im Aufbau dadurch, dass sich in ihr verschiedene Strömungen des extrem rechten Spektrums sammeln. Ihre Gründung wurde hauptsächlich von ehemaligen DVU-Mitgliedern getragen, die sich nicht der NPD unterordnen wollten. Mit ihrem Initiator und Bundesvorsitzenden Christian Worch hat Die Rechte aber auch einen starken Bezug zur Szene „freier Kameradschaften“. Worch ist seit den 1970er Jahren in der militanten Neonazi-Szene aktiv und hat seitdem an vielen Punkten ihre Entwicklung mitbestimmt.

Nach eigenen Angaben hat Die Rechte inzwischen sechs Landesverbände und um die 300 Mitglieder. In Nordrhein-Westfalen fungierte die Partei als Auffangbecken für Neonazis aus Kameradschaften, die 2012 verboten wurden. Sie sind im Rahmen der Partei weiter aktiv. In Hessen wird Die Rechte

hauptsächlich von ehemaligen NPD-Mitgliedern getragen. In Brandenburg haben frühere DVU- und NPD-Mitglieder im Januar 2013 einen Landesverband gegründet.

Die Partei Die Rechte in Brandenburg

Die Bezeichnung „Landesverband“ für Die Rechte in Brandenburg erscheint derzeit allerdings übertrieben, ihren Schwerpunkt hat die Partei im Nordosten des Landes, in den Landkreisen Barnim, Uckermark und Märkisch-Oderland. Der Landesvorsitzende, Klaus Mann, hatte diese Funktion zuletzt auch bei der DVU inne. Mit Georg Woywod kommt ein Vorstandsmitglied aus der Uckermark. Da die stellvertretende Landesvorsitzende, Sybille Mann, parteilose Abgeordnete (früher DVU) in der Gemeindevertretung Schorfheide ist, reklamiert Die Rechte ein Kommunalmandat in Brandenburg für sich.

Das Kapital der Partei in Brandenburg ist das Grundstück der Familie Mann in Finowfurt. Es ist seit Jahren ein etablierter Veranstaltungsort der extremen Rechten in Brandenburg. Dort fanden bereits Sommerfeste der DVU und der NPD statt, nunmehr ist es Die Rechte, die einlädt. Daneben werden Gelände und Gebäude für Konzerte mit Neonazi-Bands genutzt. Der Ort mit seiner regionalen Ausstrahlung und die Beziehungen, die sich aus ihm ergeben, stützen die Arbeit der Partei in Brandenburg. Auch wenn sie von hohen Mitgliederzahlen weit entfernt ist, kann sie einerseits mit ihrem rechtspopulistischen Programm zum Beispiel die ehemalige DVU-Klientel einbinden und andererseits neonazistische, aktionsorientierte Szenen ansprechen.

Exkurs: Schorfheide – es geht auch anders

Seit 2008 nutzt die Familie Mann das Gelände im Ortsteil Finowfurt der Gemeinde Schorfheide (S. 23). Dort fanden Sommerfeste der DVU und der NPD wie auch der „Preußentag“ der NPD statt. Es ist als Veranstaltungsort für Konzerte etabliert und heute Sitz der Partei Die Rechte in Brandenburg. Die Bedeutung solcher Aktivitäten für die extrem rechte Szene, für ihre Organisation und ihren Zusammenhalt, lässt sich relativ leicht erschließen. Aber was bewirken sie in der Gemeinde, in der sie stattfinden? Verunsicherung durch Gruppen von anreisenden rechten Konzertbesuchern und entsprechende Aufgebote der Polizei, Medienberichte, Proteste und Kritik von außen und auch vor Ort selbst die Frage: Wie kann man mit der Situation umgehen?

In Finowfurt und Schorfheide hat man sich der Frage gestellt und zeigt, wie eine ländlich geprägten Gemeinde mit weniger als 10.000 Einwohnern durch die Zusammenarbeit von Kommunalpolitik, Verwaltung und Initiativen eine Protestkultur gegen extrem rechte Bestrebungen in der Nachbarschaft entwickeln und gleichzeitig der Gestaltung des Zusammenlebens neue Impulse geben kann.

Vom Frühstück bis zur Sitzblockade

Zwei Veranstaltungen haben diese Entwicklung und die Breite des lokalen Engagements markiert: das erste Schorfheidefrühstück „Willkommen an einem Tisch“ im August 2011 und die Proteste gegen ein Konzert mit 13 rechtsextremen Bands im Mai 2013. Am Anfang stand die Idee einer vom Bürgermeister der Gemeinde initiierten Arbeitsgruppe, sich für Demokratie zu positionieren – praktisch, vor Ort, mit den Bürgern und für

die Bürger. Im Mittelpunkt standen das Kennenlernen und ins Gespräch kommen zu verschiedenen Themen, um die Vielfalt der Gemeinde zu erleben und gleichzeitig das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Dem Vorschlag eines öffentlichen Frühstücks in Finowfurt schlossen sich eine Vielzahl von Vereinen, die Kirchengemeinden und Schulen an und gestalteten an einem Sonntag eine hundert Meter lange Tafel durch den Ort, an der sich die Finowfurter trafen, aßen und miteinander redeten. Aus der ideengebenden Arbeitsgruppe entstand das Bündnis BUNTE Schorfheide, das in der Folge unter anderem Proteste gegen rechte Konzerte organisierte.

Deren Höhepunkt sah der Ort am 18. Mai 2013. 650 Anhänger der rechten Szene reisten zu einem Konzert an. Das Bündnis Finowfurt Nazifrei hatte eine Demonstration angemeldet. Die Aktion BUNTE Schorfheide lud zudem zu Reden und einer stillen Andacht ein. Insgesamt nahmen rund 1.000 Menschen aus verschiedenen politischen Spektren und Altersgruppen an den Protesten teil. Einige hundert von ihnen versperrten mit einer Sitzblockade eine Zufahrtsstraße zum Konzertort. Das Konzert fand unter Schwierigkeiten statt. Nach Hitlergrüßen von Besuchern und verbotenen Textpassagen in Liedern wurde es durch die Polizei vorzeitig aufgelöst.

Die Serie von extrem rechten Konzerten in Finowfurt ist damit nicht beendet, sie ist allerdings mit einem deutlichen Statement der Bürger dagegen verbunden. Entscheidend ist dabei, dass sich ein vielfältiger, kontinuierlicher Protest entwickelt, der einhergeht mit dem stetigen Bemühen, selbst das Leben im Ort auf eine demokratische Weise zu gestalten.

Rechtsextreme Gewalt

Die Wahrnehmung von extrem rechts motivierter Gewalt fällt ganz unterschiedlich aus. Während Betroffene, die Angriffe und Bedrohungssituationen erlebt haben, diese in der Regel einordnen können und um die Täter und ihre Motivation wissen, machen sie häufig auch die Erfahrung, damit allein gelassen zu werden, weil die Vorfälle in einem Gemeinwesen nicht gesehen oder bewusst ignoriert werden, weil sie unsachlich relativiert oder von einigen sogar klammheimlich befürwortet werden. Daneben hat das Thema in den vergangenen 15 Jahren im Land Brandenburg viel Aufmerksamkeit in der Politik, in den Medien und insbesondere auch von zivilgesellschaftlichen Initiativen erhalten.

Täter

Zu extrem rechten Einstellungen gehört die Abwertung von Menschen, die ethnischen oder sozialen Minderheiten angehören. Die in diesem Denken inbegriffene fundamentale Ablehnung der Anderen trifft auch Menschen, die als politische Gegner verstanden werden, die von der Mehrheit abweichende Lebenskonzepte verfolgen oder die aus ganz individuellen Gründen als Schwächere angesehen werden. Diese im Alltag gelebten Ideen von Ungleichwertigkeit bilden den Rahmen für spezifische Gruppenfeindschaften. Sie bestimmen und erklären Feindbilder. Für Teile der extrem rechten Szene, in denen Gewalt akzeptiert ist und gewalttätiges Handeln zum Selbstverständnis gehört, werden so Menschen zu Zielen von Angriffen aufgrund ihres Erscheinungsbildes, ihres Lebensstils oder ihrer politischen Anschauungen.

Das Spektrum der Taten reicht von Beleidigungen und Gewaltandrohungen, die für die Betroffenen eine ständige Gefährdungssituation schaffen, bis zu ausgeführten schweren körperlichen Übergriffen, die Verletzungen, manchmal auch den Tod des Opfers zur Folge haben. Neben den spontanen Taten – oft aus einer Gruppe heraus begangen, oft mit der Gewalt selbst als Ziel und oft gegen zufällige Opfer gerichtet, die aber den extrem rechten Feindbildern entsprechen – ist auch der strategische und zielgerichtete Einsatz von Gewalt zu beobachten – um individuelle Interessen durchzusetzen, zum Beispiel Zeugen in Strafverfahren einzuschüchtern, um lokal öffentliche Räume zu dominieren oder als Mittel des politischen „Kampfes“.

Opfer

Gewalttaten können für die einzelnen Betroffenen tiefgreifende Folgen haben – körperliche und seelische Verletzungen, materielle Schäden, manchmal langwierige Beeinträchtigungen. Hinzu kommt im Fall rechtsextrem motivierter Gewalt ihre Botschaft und Wirkung auf ganze Gruppen von Menschen. Wer weiß, dass er wegen seiner Eigenschaften fortdauernd ein Ziel von Gewalt ist, und in seinem Alltag immer wieder mit potenziellen Bedrohungen konfrontiert ist, erfährt seine Umgebung als Raum von Angst, Ausgrenzung und Ausschluss. Rechte Gewalt trifft oftmals die schwächeren Mitglieder einer Gesellschaft, darüber hinaus aber auch das Zusammenleben in einem Gemeinwesen insgesamt. Deshalb ist die Öffentlichkeit gefordert, diese Taten in ihrer Spezifik besonders in den Blick zu nehmen.

Gewalt in der Uckermark

Die Polizei erfasst eine Straftat als politisch rechts motivierte Kriminalität, wenn aus den Umständen einer Tat oder der Einstellung eines Täters ein extrem rechter Hintergrund deutlich wird und wenn sie sich zum Beispiel gegen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Aussehens, ihrer Einstellung oder ihres sozialen Status richtet. 2012 hat die Polizei in der Uckermark 131 entsprechende Straftaten festgestellt, 2011 waren es 107 und 2010 zählte sie 94. Überwiegend handelte es sich um Propagandadelikte, etwa die Verwendung verbotener Symbole oder volksverhetzende Aussagen. Zu den erfassten Taten gehörten auch Gewaltdelikte – 2012 waren es elf, 2011 zwei und 2010 vier. Die Zahlen sind auf die Fälle beschränkt, die der Polizei bekannt geworden sind und in denen sie entsprechende Motive ermitteln konnte. Mit etwas anderen Erfassungskriterien und teils anderen Quellen nennt der Verein Opferperspektive, der Opfer rechter Gewalt berät, für 2012 zehn, 2011 fünf und 2010 fünf Fälle in der Uckermark. Lokale Schwerpunkte waren in diesen Jahren Prenzlau, Templin und Schwedt/Oder, aber auch in kleineren Orten waren Angriffe zu verzeichnen.

Fälle

Die Gewalttaten richteten sich hauptsächlich gegen Menschen, die für die Täter Ausländer, Linke oder soziale Außenseiter waren. In Prenzlau beispielsweise ging am 1. Oktober 2012 ein Angreifer an einer Haltestelle auf vier Asylbewerber los, beleidigte sie rassistisch und schlug einen der Männer. Unter „Sieg Heil“-Rufen schlugen im März 2012 in Templin zwei Personen am Busbahnhof der Stadt auf einen 16-jährigen Jugendlichen

ein. In Schwedt/Oder wurde am 28. Oktober 2011 ein Mann von fünf Tätern attackiert – Motiv: der gesellschaftliche Status des Opfers. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Am häufigsten waren es Körperverletzungen, oft auch aus einer Gruppe heraus begangen, die die Opfer in alltäglichen Situationen trafen. Daneben gab es Brandstiftungen und Bedrohungen mit schweren Gewalttaten. Auch in der Uckermark starben Menschen aufgrund brutaler Angriffe. Die Täter aus der extrem rechten Szene sprachen ihnen das Recht ab zu leben: Gerd H. in Hohenselchow 1991, Erich F. in Angermünde 1997, Marinus S. in Potzlow 2002, Bernd K. in Templin 2008.

Gewaltmilieus

Lokal haben sich in der Uckermark kleine extrem rechte Gruppierungen gebildet, die weniger in der politischen Sphäre agieren, dafür um so mehr durch einzelne Gewalttäter auffallen, immer wieder – allenfalls unterbrochen durch Aufenthalte in einer JVA – Straftaten begehen. Manche dieser Gewalt-„Karrieren“ dauern über Jahre an. Die Taten sind nicht nur dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität zuzuordnen. Einige der Täter üben ihre Gewalt auch „allgemein“ aus – gegen zufällige Opfer oder in Zusammenhang mit anderen Delikten. In diesen Milieus ist das Gewalthandeln eine akzeptierte Norm. Sie sind in hohem Maße von Brutalität und Verrohung geprägt. Die Zugehörigkeit zur extrem rechten Szene ist dabei einerseits Teil des Selbstbildes der Täter wie sie andererseits – mit der Selbstüberhöhung und der Abwertung der Anderen – der Gewalt einen ideellen Rahmen und Ziele gibt.

Was geschieht mit den Opfern?

Wie man im Einzelfall Menschen unterstützen kann, die Opfer einer rechtsextremen Gewalttat geworden sind, hängt von der Situation, den Betroffenen und ihren Bedürfnissen, den Helfern und ihren Möglichkeiten ab. Unterstützung kann im Fall eines unmittelbaren Angriffs heißen, die Polizei zu rufen oder sich um jemanden zu kümmern, der verletzt wurde. Im direkten sozialen Umfeld kann es bedeuten, einem Betroffenen zuzuhören und gemeinsam nach Wegen zu suchen, mit dem Geschehenen umzugehen. Nicht zuletzt gibt es haupt- und ehrenamtliche Opferberatungseinrichtungen, die Klärungshilfen und Begleitung anbieten. Unterstützer können auch im Gemeinwesen aktiv werden, indem sie Betroffene und ihre Wahrnehmungen ernst nehmen, Taten und Bedrohungssituationen öffentlich thematisieren und sich mit den Opfern solidarisieren.

Wahrnehmen

Ohne rechte Gewalt zu erkennen, kann man sich nicht mit ihr auseinandersetzen. Die Umstände einer Tat können dafür einen ersten Aufschluss geben. Allerdings kann auch die Polizei nicht in jedem Fall ein eindeutiges Motiv ermitteln. Deshalb ist es gerade für eine öffentliche Diskussion wichtig, die Opfer wahrzunehmen, die den Angriff erlebt haben und mit ihren Alltagserfahrungen zusammenbringen können. In ihrem Erleben spiegelt sich die Wirkung rechter Gewalt wider.

Ansprechen

Unkenntnis und Ignoranz gegenüber Bedrohungssituationen, Angst vor negativen Darstellungen in den Medien, aber auch

die Beziehungen und Konflikte zwischen den Menschen gerade in kleinen Orten können dazu führen, dass über Probleme geschwiegen wird. Dadurch verschwinden sie aber nicht. Vielmehr geben fehlende Beachtung und ausbleibender Widerspruch den Tätern ein Gefühl von Sicherheit und den Opfern den Eindruck, mit ihrem Erleben allein zu sein. Rechte Gewalt anzusprechen, sich ein Bild zu machen und sich über Erfahrungen auszutauschen, sind dagegen Voraussetzungen, um Defizite zu erkennen, Lösungen und Unterstützung zu suchen. Für ein solches „öffentliches Gespräch“ sind Lokaljournalisten ebenso gefragt wie die Kommunalpolitik. Es kann an einer Schule, in einer Gemeindeversammlung oder an einem anderen Ort initiiert werden. Es kann von Jugend- oder Elterninitiativen, von Vereinen oder Institutionen, von jedem engagierten Bürger ausgehen.

Stärken

Die Stärkung von (potenziellen) Opfergruppen dient wesentlich dazu, die ausgrenzende Wirkung rechter Gewalt einzuschränken. Das kann ganz allgemein bedeuten, sichere Räume zu schaffen. Darüber hinaus kann es zum Beispiel auch heißen, sich für die Lebensbedingungen von Asylbewerbern zu interessieren und sie stärker in das Gemeinwesen zu integrieren oder angegriffene Jugendliche in eigenen jugendkulturellen Aktivitäten zu fördern. Über symbolische Solidarisierungen hinaus sind solche konkreten Unterstützungen eine langfristige Prävention gegen rechte Gewalt und machen einen Ort für die Betroffenen lebenswerter.

Was können wir tun?

In der Uckermark leben Menschen, die sich mit der extremen Rechten auseinandersetzen – die recherchieren und informieren, die Bildungsprojekte durchführen, die an die Todesopfer rechter Gewalt erinnern oder rechte Propaganda von Laternenpfählen und Hauswänden entfernen. Sie bieten mit ihrem Engagement auch Beispiele und Anknüpfungspunkte für andere, die aktiv werden wollen. Darüber hinaus sind im Land Brandenburg und in der Region Beratungsnetzwerke tätig (S. 46-49), die am jeweiligen Bedarf orientiert vor Ort Bürger, Initiativen, Vereine, öffentliche Verwaltungen und kommunale Politik in der Entwicklung einer demokratischen Alltagskultur unterstützen. Sie bieten zum Beispiel Weiterbildungen und Workshops an, helfen bei der Ideenfindung, moderieren Diskussionsprozesse und informieren über aktuelle Entwicklungen der extremen Rechten.

Zusammenfinden und ins Gespräch kommen

Wenn man seine Umwelt wahrnimmt, dabei Probleme erkennt und sie nicht auf sich beruhen lassen möchte, kann ein erster Schritt sein, die Eindrücke anzusprechen und sich mit anderen im persönlichen Umfeld darüber auszutauschen, mit Freunden, in der Familie, mit Kollegen usw. Gemeinsam kann man ein Problembewusstsein entwickeln, sich informieren und diskutieren, Ideen entwickeln, sich Unterstützung suchen. Wie man im Detail aktiv wird, hängt auch davon ab, womit man konfrontiert ist und was man leisten kann. Die Eingrenzung des Problems, mit dem man sich befassen will, ist dafür eine Voraussetzung. Wenn im Bekanntenkreis jemand extrem rechte Meinungen vertritt, im Ort Aufkleber, Plakate und Sprühereien der rechten Szene zu

finden sind, die NPD eine Kundgebung ankündigt oder eine Gewalttat mit rechtsextremem Hintergrund bekannt geworden ist, sind das verschiedene Phänomene, für die es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, um zum Ausdruck zu bringen, dass man nicht zustimmt.

Gewaltprävention

Neben der Stärkung der (potentiellen) Opfer rechter Gewalt ist die spezialisierte Arbeit mit den Tätern, zum Beispiel in Form von Anti-Aggressions-Trainings, eine Möglichkeit, längerfristig Gewalt präventiv zu begegnen. Dafür sind qualifizierte Angebote nötig. Darüber hinaus trägt zum Gelingen von Gewaltprävention bei, wenn sie bereits im Kindes- und frühen Jugendalter ansetzt, bevor sich Gewalthandeln etabliert und möglicherweise durch extrem rechte Einstellungen verstärkt hat. Auch dafür braucht es spezifische Angebote, die in eine bedarfsgerechte Kinder- und Jugendsozialarbeit in stabilen und ausfinanzierten Strukturen eingebunden sind. Nicht zuletzt erlaubt es allgemein eine qualifizierte Jugendsozialarbeit, extrem rechte Tendenzen bei einzelnen Jugendlichen oder Gruppen zu erkennen und darauf einzugehen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass eine solche Sozialarbeit Zeit und Kompetenz braucht, sich an ihren Klienten orientiert und auf Vertrauensverhältnissen aufbaut. Sie ist nicht geeignet zur Umsetzung unmittelbarer politischer Forderungen.

Umgang mit Straftaten

Ein Teil der staatlichen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten ist die Arbeit der Polizei, soweit es um die Verfolgung

und Aufklärung von Straftaten, aber auch um Kriminalitätsprävention geht. Als Bürger kann man dazu insoweit beitragen, als dass man die Polizei über Straftaten informiert und gegebenenfalls eine Anzeige stellt oder sich als Zeuge zur Verfügung stellt. Die Polizei kann nur da ermitteln, wo ihr Vorfälle bekannt werden; nur solche Taten fließen in ihre Lagebilder und Statistiken ein.

Im ländlichen Raum hat die Polizei zu einem Tatort aber auch ein Zeuge zur Polizei zuweilen lange Wege. So mancher verzichtet deshalb auf eine Anzeige, weil die Polizei nur spät eintreffen würde oder der eigene Aufwand zu groß erscheint. Dadurch wird allerdings auch das Bild der Kriminalitätssituation verzerrt. Zugespitzt gesagt: weniger Anzeigen – weniger Kriminalität – weniger Polizei. Man kann dahingehend eine Strafanzeige auch als „Bedarfsanmeldung“ an die Polizei verstehen.

Darüber hinaus gab es in der Uckermark wiederholt Fälle, in denen Zeugen rechtsextrem motivierter Gewalttaten von Tätern oder deren Umfeld eingeschüchtert oder bedroht wurden, damit sie in Ermittlungen und Verfahren nicht aussagen. In solchen Situationen ist es wichtig, sich damit an die Polizei zu wenden oder zum Beispiel bei einer Opferberatungsstelle Rat zu holen, um nicht eine Kette von Gewalt und Bedrohungen zuzulassen und um den Tätern Grenzen zu setzen.

Politische Auseinandersetzung

Die politische Argumentation der extremen Rechten setzt bei sozialen Problemlagen, bei angstbesetzten und konfliktbehafteten Themen an. Es geht ihnen dabei nicht um eine Diskussion. Die Probleme dienen ihnen als Beleg für die Behauptung, die demokratische Gesellschaft als Ganzes sei ein Fehler. Ihre „Lösung“ ist dann immer dieselbe: eine grundsätzlich andere

politische Ordnung, die auf der Vorstellung von einer homogenen Volks- und Schicksalsgemeinschaft beruht, die sich nach außen abgrenzt und zwangsläufig den Wunsch nach einem autoritären Staat und die gewalttätige Ausgrenzung aller beinhaltet, die nicht in dieses Weltbild passen.

Die Auseinandersetzung mit diesem politischen Programm darf sich nicht auf moralische Lehren aus der deutschen Geschichte, aus dem Nationalsozialismus und dem 2. Weltkrieg beschränken. Die extreme Rechte existiert heute. Eine demokratische Gesellschaft, die das als Problem wahrnimmt, muss ganz konkret analytisch und aufklärerisch kritisieren. Das Wichtigste in der politischen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten sind aber wir selbst, wenn wir zu unseren demokratischen Überzeugungen stehen und unsere Meinungen einbringen. So machen wir Demokratie konkret erfahrbar. Wo die Demokratie und die Menschen, die sie mitgestalten, stark sind, ist die extreme Rechte schwach.

Probleme ansprechen

Um Themen ins Gespräch zu bringen, die in der Uckermark, aber nicht nur dort, von Belang sind, wollen wir sie auf den folgenden Seiten in kurzer Form aufgreifen: Vorschläge zum Umgang mit Abwanderung und Einwanderung, Informationen zu Asylbewerbern im Landkreis, Ideen dazu, wie Demokratie gestaltet werden kann und wie wir miteinander kommunizieren. Wir wollen mit der Auswahl und der Darstellung keine Vorgaben machen. Es handelt sich auch bei weitem nicht um umfassende Erklärungen. Vielmehr verstehen wir die Texte als Diskussionsbeiträge, die bestenfalls auf weitere Gedanken, Ergänzungen und Kritik treffen.

Thema: Abwanderung und Einwanderung

Schrumpfende Orte

Seit 1990 hat die Uckermark mehr als ein Viertel ihrer Einwohner verloren. Viele gehen weg, um anderswo Arbeit zu finden, eine Ausbildung oder ein Studium anzufangen, andere wegen individuell neuer Perspektiven. Weil insbesondere jüngere Menschen die Uckermark verlassen, setzt sich der Rückgang der Geburtenzahlen fort.

Die Folgen sind sichtbar: Leerstand von Wohnungen, Schließung von Schulen, Abbau von Infrastruktur. Durch den Weggang gut ausgebildeter Menschen, die es leichter haben, in anderen Regionen Chancen zu ergreifen, bleibt ein Fachkräftemangel. Trotz geringerer Einwohnerzahlen entsteht zum Teil ein höherer Bedarf an sozialen Unterstützungen.

Die Herausforderung, die sich aus all dem ergibt, heißt: Die Uckermark so gestalten, dass sie für die hier Lebenden lebenswert ist. Wie das gelingen kann, ist nicht einfach zu beantworten, gerade die Sicherung von Verkehrs-, Versorgungs-, Bildungs- oder Sozialstrukturen hängt stark von wirtschaftlichen und finanziellen Perspektiven ab. Daneben kann man aber auch im Kleinen etwas verändern, wenn man sich einbringt. Wo Defizite sind, entsteht nicht nur Bedarf, sondern auch die Möglichkeit für Neues. Warum nicht selbst Konzerte veranstalten, wenn man mehr Kultur möchte? Warum nicht eine Wohngemeinschaft in einem Mehr-Generationen-Haus gründen, wenn man nicht allein leben will? Warum nicht in einem Verein ehrenamtlich aktiv werden, wenn man meint, dass im Ort zu wenig los ist? Neue Ideen zu entwickeln, sich Menschen zuzuwenden, Räume zu erschließen, gestaltet unsere Zukunft und macht eine Region attraktiv.

Neue Einwohner

Seit mehreren Jahren ist insbesondere im Nordosten des Landkreises ein Trend zu beobachten, der den Schrumpfungsprozess zwar nicht umkehrt, aber manche Dörfer wieder belebt. Die neuen Einwohner kommen aus Polen, oft aus Szczecin. Teile der Uckermark gehören zum „Speckgürtel“ der Stadt und polnische Familien zieht es hierher, wegen des Landlebens, weil die Verkehrsverbindungen günstig und die Immobilienpreise gut sind. Für die Dörfer heißt das, dass leer stehende Häuser wieder genutzt werden und nicht verfallen, dass sie Zuwachs bekommen und damit ihre Infrastruktur gebraucht und erhalten wird. Nicht zuletzt kann es bedeuten, dass die Gemeinde neuen Schwung bekommt.

Während viele einer Kultur des Willkommens als Einstieg in die Integration positiv gegenüber stehen, begegnen andere Eingesessene den polnischen Neu-Uckermärkern mit Ablehnung. Allgemeine Vorbehalte gegen Zugezogene treffen zusammen mit Ressentiments gegen Polen und fremdenfeindlichen Einstellungen. Manches wird offen ausgesprochen, anderes zu Hause geäußert, von den Kindern übernommen und führt in der Schule zu Konflikten. Aber auch wenn man nicht alle Einwohner von den Möglichkeiten der Entwicklung überzeugen kann, lässt sie sich doch mit einfachen Mitteln stärken, etwa mit der gemeinsamen Organisation des Gemeindelebens oder dem Angebot von Deutschkursen. Wer noch nicht Polnisch spricht, kann es lernen. Der grenzüberschreitende Austausch in der zukünftigen Europäischen Metropolregion Szczecin eröffnet der Uckermark auch in Richtung Polen neue Perspektiven.

Thema: Asylbewerber

Seit einigen Monaten ist die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland ein Dauerthema in den Medien. Innenpolitiker warnen vor Flüchtlingströmen. Die NPD führte unter anderem im Land Brandenburg eine polarisierende Kundgebungskampagne vor Asylbewerberunterkünften durch. Und in einigen größeren und kleineren Orten eskalieren Auseinandersetzungen um neue oder erweiterte Flüchtlingsheime.

Zahlen

Seit etwa fünf Jahren steigt die Zahl neuer Asylanträge in Deutschland. Zuvor war sie seit Mitte der 1990er Jahre in Folge eines verschärften Asylrechts enorm zurückgegangen. Stellten 1992 noch 438.191 Flüchtlinge – zum Beispiel vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Jugoslawien – einen Antrag auf Asyl, waren es 2007 – unter anderem in Folge der Sichere-Drittstaaten-Regelung – nur noch 19.164. Im Jahr 2012 wurden 64.539 neue Anträge registriert. Die Menschen flüchten heute beispielsweise vor den Konflikten in Syrien und Tschetschenien oder aus afrikanischen Krisenländern. Die Länder mit EU-Außengrenzen, in denen die Flüchtlinge zuerst ankommen, können deren Aufnahme kaum noch leisten.

In Deutschland wurden in den vergangenen Jahren aufgrund der niedrigeren Asylbewerberzahlen zum Beispiel die Kapazitäten zur Unterbringung der Menschen abgebaut, so dass heute vielerorts Flüchtlingsunterkünfte an ihre Aufnahmegrenzen kommen und neue Wohnmöglichkeiten gesucht werden müssen.

Flüchtlingszahlen in der Uckermark

Mit Blick auf die Uckermark erkennt man ebenfalls den Anstieg dieser Art von Zuwanderung, die Dimension ihres Umfangs relativiert sich aber. 2013 nimmt der Landkreis 172 Asylbewerber neu auf. Im Sommer 2013 lebten im Asylbewerberheim in Prenzlau etwas mehr als 200 Männer, Frauen und Kinder; etwa 60 Menschen waren in Wohnungen untergebracht. Im Laufe des Jahres sind einige weitere Asylbewerber hinzugekommen.

„Dezentrale Unterbringung“

Der Landkreis Uckermark hat sich zu einem Konzept entschlossen, das sich seit etwa zehn Jahren auch in anderen Landkreisen und kreisfreien Städte im Land Brandenburg bewährt hat: für die Unterbringung Flüchtlinge nicht nur Sammelunterkünfte, sondern auch – sonst leer stehende – Wohnungen zu nutzen. In Hinblick auf die Lebensbedingungen der Menschen liegt das nahe und dient der Integration in ein Gemeinwesen. Der direkte persönliche Kontakt im Wohnumfeld kann helfen, sich kennenzulernen, Ängste und Vorurteile abzubauen. Die dezentrale Unterbringung hat in der gegenwärtigen Situation zudem den Vorteil, dass die Überfüllung eines Heimes und die damit verbundenen Spannungen vermieden werden können und flexibler auf Schwankungen der Asylbewerberzahlen reagiert werden kann. Sie bietet damit auch die Möglichkeit, Diskussionen zu versachlichen, ohne aufgeheizte Stimmungen Asylbewerber als Menschen wahrzunehmen und zum Beispiel zu fragen, was sie erlebt haben und wie sie in Deutschland leben.

Thema: Demokratie gestalten

Was ist Demokratie? Übersetzt aus dem Griechischen lautet das Wort „Volksherrschaft“. Wenn man allerdings die Art und Weise, wie sich eine Gesellschaft organisiert, darauf verkürzt, dass das „Volk“ herrsche, ist noch nicht viel gesagt. Wer ist das – das „Volk“? Reduziert man Demokratie nur auf den Begriff Volksherrschaft, greift ihn sogar die NPD für sich auf – mit einer imaginierten Volksgemeinschaft als „Volk“ und sich selbst als dessen Elite. Demokratie ist aber mehr als ein populistisches Schlagwort.

Werte und Ideen

Der demokratische Rechtsstaat bürgt für Werte: die unantastbare Würde des Menschen, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Freiheit der Meinung. Demokratie ist eine offene, aktive Gesellschaft, die nicht autoritär festlegt, wie der Einzelne zu leben hat – soweit er anderen keinen Schaden zufügt. Als Ideal steht Demokratie im Ganzen dafür, dass die öffentlichen Angelegenheiten verhandelt werden, dass es Diskussion und Ausgleich der verschiedenen Interessen der Einzelnen gibt. Demokratie als andauernder Diskussionsprozess kann damit auch anstrengend sein. Eine offene Gesellschaft braucht jedoch immer wieder die Verständigung darüber, wie das Leben in ihr gestaltet werden kann. Dem Einzelnen gibt das die Möglichkeit, seine Interessen einzubringen, wie auch die der Anderen zu erfahren.

Widersprüche

Verschiedene Interessen bedeuten auch Konflikte. Nicht immer lassen sie sich im Sinne aller Beteiligten klären. Manche Lösung

erscheint im Nachhinein nicht als die beste. Zudem kann man als Einzelner die Erfahrung machen, dass die eigenen Ideen nicht gehört werden, dass sie beispielsweise in hierarchischen Strukturen übergangen werden oder dass im politischen Alltagsgeschäft zu oft mit Sachzwängen argumentiert wird. Demokratie heißt dann auch, trotzdem weiter im Gespräch zu bleiben, Kritik zu formulieren, nach Möglichkeiten und Partnern zu suchen und zu überzeugen. Für politische Entscheidungsgremien und Verwaltungen bedeutet es, dafür offen zu sein. Demokratie heißt, ihre Werte im Alltag zu verstehen und sich anzueignen. Sie bedürfen immer wieder der gleichberechtigten Verhandlung der verschiedenen Ideen und Interessen der Einzelnen wie auch des Engagements dafür.

Aktiv werden

Viele Menschen leisten das in Parteien oder Vereinen, als ehrenamtliche Bürgermeister oder in Bürgerinitiativen. Andere beschränken sich auf die Stimmabgabe bei Wahlen oder auf eine allgemeine Unzufriedenheit. Die Entscheidung liegt bei einem selbst. Man kann nörgeln oder sich produktiv mit seiner Umwelt auseinandersetzen, selber denken, sich einmischen, sich für ein Gemeinwesen stark machen, etwas anders machen. Möglichkeiten dafür gibt es viele – Politik in der Demokratie ist mehr als Wahltag und Abendnachrichten. Ein erster Schritt könnte zum Beispiel sein, mit anderen darüber ins Gespräch zu kommen, wie eine gute Zukunft in dem Ort, in dem man lebt, aussieht.

Thema: Zusammenleben und Kommunikation

Wie wir unser Zusammenleben in einer Stadt, einem Dorf, einer Straße, einer Schule, einem Verein usw. gestalten, bestimmen wir wesentlich dadurch, wie wir miteinander umgehen und kommunizieren. Wieviel Aufmerksamkeit haben wir für unser Gegenüber? Wie achtsam begegnen wir uns? Wie artikulieren wir uns selbst und hören anderen zu? Wie gehen wir mit Konflikten um? Können wir andere Sichtweisen und Meinungen verstehen und akzeptieren? Suchen wir Gemeinsamkeiten oder Trennendes? Gelingende Kommunikation ist dabei keine Einbahnstraße. Das ist gesellschaftlich nicht anders als im Privaten.

Wie es nicht geht

Ein Beispiel dafür, wie Kommunikation nicht gelingt: Ein Jugendlicher geht mit einer für ihn wichtigen Frage zu einer Behörde. Er weiß allerdings nicht genau, an wen er sich mit seinem Anliegen wenden kann, und kennt die Verwaltungsstruktur nicht, weil sie ihn nie interessiert hat. Es ist das erste Mal, dass er sich selbstständig mit einer Behörde auseinandersetzen muss. Er trifft auf einen Verwaltungsmitarbeiter, der nicht zuständig ist und mit der Frage nichts anfangen kann. Außerdem ist gerade keine Sprechzeit. Resultat: Missverständnis, der Jugendliche wird ohne Ergebnis weggeschickt und ist frustriert, der Behördenmitarbeiter zweifelt an den Fähigkeiten der Jugend.

Wie es anders gehen könnte

Das Beispiel ist zugebenermaßen etwas zugespitzt, entstammt aber einer Alltagssituation. Doch wenn wir dabei bleiben: Ein beiderseitiges Entgegenkommen würde sicher helfen. Der

Jugendliche könnte sich informieren, wer Ansprechpartner sind und wie er sie erreicht. Der Behördenmitarbeiter könnte die Situation des Jugendlichen erfassen, ihn ernstnehmen und nach einer Lösungsmöglichkeit suchen. Wenn er Zeit hätte, könnte er ihm auch noch erklären, wie die Behörde arbeitet. Allgemeiner gesagt, wenn öffentliche Kommunikation stattfinden soll, braucht es eine Bewegung aufeinander zu: Menschen, die ihre Möglichkeiten kennen und einfordern, Menschen, die Möglichkeiten des Austausches schaffen, und die Transparenz von Prozessen und Entscheidungen.

Teilhabe durch Kommunikation

Kommunikative Teilhabe an Gesellschaft wird möglich, wenn man sich selbst in Bezug setzt und andere mit einbezieht. Voraussetzungen dafür sind das Interesse an den Anderen und der Versuch, ihre Positionen zu verstehen. Weil Diskussionen in der Regel nicht konfliktfrei ablaufen, sollte man Widerspruch aushalten und akzeptieren können. Der Gewinn daraus ist nicht nur ein freundlicherer Umgang – es können sich neue Aktivitäten ergeben und eine praktische Teilhabe an der Gestaltung des Miteinanders entstehen. Denkt man etwa an politische Entscheidungsprozesse, erscheinen sie tragfähiger, wenn viele eingebunden werden, statt dass Einzelne diskussionslos Fakten schaffen. Generell lässt sich so eine Art Kommunikation überall entwickeln. Man kann andere ansprechen, Fragen stellen und Themen suchen, man kann sich Orte für den Austausch schaffen, in Initiativen oder Diskussionsrunden, und man kann dabei lernen.

Informieren und erkennen

Gegenrede.info

Die Webseite gegenrede.info, seinerzeit startgefördert durch den LAP Uckermark, ist seit 2008 das Informationsportal über die extreme Rechte in der Uckermark. Wer über das regionale Geschehen auf dem Laufenden bleiben will, findet auf der Seite kontinuierlich Berichte über Organisationen und ihre Akteure, über Aktionen und alltägliche Vorfälle, über Gewalttaten und Gerichtsverfahren. Gegenrede.info hat dabei auch die regionalen Verflechtungen im Blick. Mit fundierten Hintergrundrecherchen und Analysen zeigt die Webseite Entwicklungen und Zusammenhänge in der Uckermark auf. Daneben sammelt gegenrede.info auch ausgewählte überregionale Nachrichten zum Thema sowie Informationsmaterial zum Umgang und zur Auseinandersetzung mit der extremen Rechten.

www.gegenrede.info

Versteckspiel: Codes und Symbole

Um sich mit der extremen Rechten auseinandersetzen zu können, muss man sie erkennen. In der spezifischen Subkultur haben sich Codes und Symbole etabliert, deren Bedeutung sich Außenstehenden nicht immer erschließt. Doch gerade in dieser Alltagskultur, in den Zeichen eines Lebensstils werden Einstellungen, Zugehörigkeiten und Identitäten ausgedrückt.

Die Broschüre „Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen“ richtet sich insbesondere an Multiplikatoren in Jugendarbeit und Schule, um praxisorientiert über solche Zeichen, ihre Verwendung und ihre Hintergründe aufzuklären.

Zu der bestellbaren Broschüre gehört auch eine Webseite, die einen Überblick über Organisationen, aktuelle und historische Symbole und Codes, Musikstile und Bands gibt.

www.dasversteckspiel.de

Literatur

Als grundlegendes Informationsangebot existiert eine Vielzahl an Büchern, die aus verschiedenen Perspektiven unterschiedliche Aspekte der extremen Rechten und Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit ihr analysieren und diskutieren. Mit regionalem Bezug hat etwa das Mobile Beratungsteam Brandenburg (MBT) seit 2004 die Reihe „Einblicke“ aufgelegt. In den vier Werkstattbüchern finden sich Berichte aus der Arbeit des MBT, Darstellungen von lokalen Entwicklungen in der extremen Rechten wie auch Beispiele zivilgesellschaftlicher Initiativen und Prozesse. Die Bücher sind auch online frei verfügbar.

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung bietet in ihrem Bücherversand regelmäßig aktuelle Titel an, die sich mit der extremen Rechten befassen. Derzeit sind es beispielsweise: „Blut und Ehre? Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland“ (A.Röpke/A.Speit), „Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – Was man wissen muss und wie man sich wehren kann“ (H.Kulick/T.Staud) und „Heile Welten. Rechter Alltag in Deutschland“ (A.Geisler/C.Schultheis). Die Landeszentrale stellt diese Bücher als Beitrag zur politischen Bildung für Brandenburger subventioniert zur Verfügung.

www.gemeinwesenberatung-demos.de

www.politische-bildung-brandenburg.de

Wer informiert, berät und unterstützt? – Adressenverzeichnis

Information

Gegenrede.info

dokumentiert und analysiert regelmäßig und aktuell die Aktivitäten der extremen Rechten in der Uckermark.

www.gegenrede.info

Beratung

**demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Mobiles Beratungsteam**

**berät im Land Brandenburg zur Auseinandersetzung mit Rechts-
extremismus und zur Entwicklung demokratischer Gemeinwesen.**

Mobiles Beratungsteam Angermünde

Berliner Str. 77, 16278 Angermünde

Tel: 0173 8723364, 0172 3961036

E-Mail: mbt-angermuende@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

**Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie
initiiert und gestaltet Prozesse des sozialen, interkulturellen,
demokratischen und historisch-politischen Lernens.**

RAA Angermünde

Berliner Str. 77, 16278 Angermünde

Tel: 3331 252080

E-Mail: angermuende@raa-brandenburg.de

www.raa-brandenburg.de

Ohne Blaulicht

berät und unterstützt Feuerwehren im Land Brandenburg in Fragen der Kommunikation und Konfliktlösung.

Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.

Projekt „Ohne Blaulicht“

Benzstr. 11-12, 14482 Potsdam

Tel: 0172 9234995 (T. Weidlich), 0172 1901075 (U. Steinbeiß)

E-Mail: thomas.weidlich@lfv-bb.de, uwe.steinbeiss@lfv-bb.de

Brandenburgische Sportjugend

bietet im Projekt „BeratenBewegen – DRAN BLEIBEN“ Sportvereinen unter anderem Unterstützung bei rechtsextremen Vorfällen und macht Präventions- und Bildungsangebote.

Projekt „BeratenBewegen – DRAN BLEIBEN“

Am Fuchsbau 15a, 14554 Seddiner See

Tel: 033205 204811

E-Mail: beratung@sportjugend-bb.de

www.sportjugend-bb.de

Opferperspektive

berät Opfer rechtsextrem motivierter Gewalttaten.

Opferperspektive e.V.

Rudolf-Breitscheid-Str. 164, 14482 Potsdam

Tel: 0331 8170000

E-Mail: info@opferperspektive.de

www.opferperspektive.de

**Polizeiinspektion Uckermark
macht mit dem Sachgebiet Prävention Angebote zum Beispiel zur
Gewaltprävention.**

Beratung der Polizei Uckermark

Wallgasse 4, 17291 Prenzlau

Tel: 03984 351080

www.internetwache.brandenburg.de

Unterstützung für Projekte

**Lokaler Aktionsplan Uckermark
fördert Projekte freier Träger, die sich vor Ort für die Stärkung
der demokratischen Bürgergesellschaft engagieren.**

Lokale Koordinierungsstelle

Landkreis Uckermark / Jugendamt

Karl-Marx-Straße 1, 17291 Prenzlau

Tel: 03984 703051

E-Mail: sekretariat-jugendamt@uckermark.de

www.lap-uckermark.de

**Deutscher Gewerkschaftsbund – Region Ostbrandenburg
ist in der Region Ansprechpartner und Mitglied in lokalen
Bündnissen.**

Grabowstr. 49, 16225 Eberswalde

Tel: 03334 382940

E-Mail: kv.uckermark@dgb.eu (Kreisverband Uckermark),

kv.barnim@dgb.eu (Kreisverband Barnim)

www.ostbrandenburg.dgb.de

Bürgerstiftung Barnim Uckermark
engagiert sich für das Gemeinwohl im Barnim und in der Uckermark, insbesondere in den Bereichen Bildung, bürgerschaftliches Engagement und Demokratie.

Bürgerstiftung Barnim Uckermark
Eisenbahnstraße 3, 16225 Eberswalde
Tel: 03334 497482
E-Mail: kontakt@barnim-uckermark-stiftung.de
www.barnim-uckermark-stiftung.de

Tolerantes Brandenburg
ist das Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und unterstützt zum Beispiel bei der Entwicklung von Netzwerken.

Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam
Tel: 0331 8663560
E-Mail: tolerantes.brandenburg@mbjs.brandenburg.de
www.tolerantes.brandenburg.de

Aktionsbündnis Brandenburg
ist im Land Brandenburg Ansprechpartner für lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus.

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
Mittelstraße 38/39, 14467 Potsdam
Tel: 0331 50582428
E-Mail: kontakt@aktionsbuendnis-brandenburg.de
www.aktionsbuendnis-brandenburg.de

Impressum

Herausgeber:

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Geschäftsstelle
Benzstr. 11-12
14482 Potsdam
Tel: 0331 7406246
Fax: 0331 7406247
E-Mail: geschaeftsstelle@big-demos.de
www.gemeinwesenberatung-demos.de

Mobiles Beratungsteam Angermünde
Berliner Str. 77
16278 Angermünde
Tel: 0173 8723364, 0172 3961036
Fax: 03331 299981
E-Mail: mbt-angermuende@big-demos.de

Redaktion: bureau zwei
Gestaltung: Tilla Balzer, <http://balzerundkoeniger.de>
Druck: Druckerei Nauendorf GmbH, Angermünde

Angermünde, Oktober 2013

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



demos

Brandenburgisches
Institut für Gemeinwesenberatung



DGB Region Ostbrandenburg

AKTION **BUNTE** SCHORFHEIDE



demos

Brandenburgisches
Institut für Gemeinwesenberatung